



HESSISCHER LANDTAG

29. 06. 2021

Plenum

Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Grün kann keine Straße bauen und keine Brücke sanieren

Der Landtag wolle beschließen:

I. Infrastruktur

1. Der Landtag stellt fest, dass der Wohlstand Hessens als Transitland maßgeblich von einer leistungsfähigen Infrastruktur abhängt. Eine marode Infrastruktur, bis hin zur notwendigen Vollsperrung von Autobahnbrücken, gefährdet die hessische Wirtschaft direkt. Der volkswirtschaftliche Schaden einer mehrmonatigen Sperrung der Salzachtalbrücke ist enorm. Zehntausende Pendler im Ziel- und Quellverkehr Wiesbadens, aber auch im Durchgangsverkehr, werden in den nächsten Monaten drastische Einschränkungen hinnehmen müssen. Auch für Handwerker, Gewerbetreibende, Rettungsdienste und Zugreisende, die auf eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur angewiesen sind, bringt die Vollsperrung dramatische Einschränkungen mit sich.
2. Der Landtag stellt fest, dass die hessische Brückeninfrastruktur auch nach siebeneinhalb Jahren Amtszeit von Verkehrsminister Al-Wazir in einem besorgniserregenden Zustand ist. Für 37 Brücken im Zuge von Landesstraßen (Stand Januar 2021) gelten lastbeschränkende Maßnahmen. Sie dürfen von Lkw ab einer bestimmten Größenordnung aufgrund von statischen Bedenken nicht mehr befahren werden. Trotz dieser beschränkenden Maßnahmen, die teilweise seit Jahrzehnten bestehen, sieht die Landesregierung in vielen Fällen keinen dringenden Handlungsbedarf. Die Erhaltung und Sanierung dieser Brücken fallen in die originäre Zuständigkeit des hessischen Verkehrsministeriums. Der Landtag befürchtet daher, dass die Salzachtalbrücke kein Einzelfall ist.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Investitionen in den Landesstraßenbau im Jahr 2019 preisbereinigt rund 20 % unter denen des Jahres 2011 lagen. Die eingesetzten Mittel liegen weit unter den von der Landesregierung berechneten bilanziellen Abschreibungen, sodass der Verfall der hessischen Verkehrsinfrastruktur weiter voranschreitet. Trotz wachsender Mittelbereitstellung der vergangenen Jahre und eines wachsenden Personalkörpers beim Landesbetrieb Hessen Mobil gelingt es dem Verkehrsministerium nicht, die Infrastruktur in Hessen in einen leistungsfähigen Zustand zu versetzen.

II. Salzachtalbrücke

4. Der Landtag stellt fest, dass Verkehrsminister Al-Wazir auf Vorbereitungen und Planungen seiner Amtsvorgänger zum Planfeststellungsantrag beziehungsweise zum Beschluss des Ersatzneubaus der Salzachtalbrücke aufbauen konnte. Im Rahmen einer Auftragsverwaltung war das Verkehrsministerium mit der nachgeordneten Behörde Hessen Mobil darüber hinaus bis zum 31.12.2020 für die Bundesautobahnen zuständig.
5. Der Landtag stellt fest, dass die lange unbemerkten Bohrungen an einem Spannseil im Jahr 2018 den Zeitplan erheblich verzögert haben. Eine ausreichende Überwachung der bauausführenden Firma hat nicht stattgefunden. Eine weitere Verzögerung ergab sich aus dem Streit um das geeignete Abrisskonzept zwischen Hessen Mobil und der mit dem Abriss beauftragten Firma. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass entsprechende Monitoring-Verfahren und Frühwarnsysteme, die seitens des Verkehrsministeriums immer wieder hervorgehoben wurden, im derzeitigen Schadensfall offenkundig nicht funktioniert haben. Der Landtag kritisiert vor diesem Hintergrund, dass die 14-täglichen, händischen Kontrollen des betroffenen Brückenteils durch Hessen Mobil mit der Stilllegung beendet wurden. Bei einer Brücke von derart herausragender Bedeutung für das gesamte Rhein-Main-Gebiet

ist es ungeachtet des gesetzlich vorgeschriebenen Umfangs an Kontrollen absolut unverständlich, dass trotz lange bekannter Baufälligkeit Kontrollhufigkeiten zurückgefahren wurden. Die politische Verantwortung für die Probleme der Salzachtalbrücke und die damit verbundenen, katastrophalen Folgen für das gesamte Rhein-Main-Gebiet trägt Wirtschaftsminister Al-Wazir. Der Landtag tritt deshalb den Versuchen des Wirtschaftsministers, die Verantwortung für die Probleme nach nunmehr siebeneinhalbjahriger Amtszeit auf seine Vorgänger oder auf die Autobahn GmbH des Bundes abzuwälzen, entschieden entgegen.

III. Realisierung

6. Der Landtag stellt fest, dass alle Entscheidungsträger jetzt schnell handeln müssen, um den volkswirtschaftlichen Schaden durch das Schadensereignis zu begrenzen. Es darf keinesfalls weitere Zeit verloren werden. Die Landesregierung wird aufgefordert, gegenüber der Autobahn GmbH hessische Interessen mit Nachdruck zu vertreten und darauf zu drängen, die Sprengung und den Wiederaufbau zügig umzusetzen. Dabei müssen alle rechtlichen Möglichkeiten der Beschleunigung genutzt werden. Die Landesregierung wird darüber hinaus aufgefordert zu prüfen, inwiefern zusätzliches Personal von Hessen Mobil für die zügige Realisierung von Sprengung und Neubau an die Autobahn GmbH abgestellt werden kann.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 29. Juni 2021

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock